

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 14

Charlottenburg, Freitag, den 3. April 1908

Jahrg. 35

Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Blechhammer bei Sonneberg. Cortendorf. Dresden (Brammler & Co.). Gelsenkirchen (Rhein.-Westfälisches Emailierwerk). Großbreitenbach (Bühl & Söhne). Höhr. Kranichfeld. Lauf. Reichenbach (Schwabe). Selb (L. Hutschenreuther int'l. Firma Jäger & Werner). Schauberg (Greiner & Co.) Staffel. Stogheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrintal (Recknagel). Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszelt. Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Altrohla (Gottl & Lorenz). Briesen (Nestler). Brünn. Fischern (R. Knoll, Rudolf Gottl). Hohenstein (Bloch). Meierhöfen bei Karlsbad (Gebr. Benedikt). Mertelsgrün. Oberlaa bei Wien (Pilar). Prag (für Industrie- und Figuren-Maler). Schlaggenwald (Sommer & Matschaf). Turn (Urbach und Kießner & Kessel).

Einberufung des Gewerkschaftskongresses.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gibt bekannt: Der sechste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands findet vom Montag, den 22. bis 27. Juni 1908, in Hamburg im Gewerkschaftshause statt. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.).
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. C. Legien-Berlin. Beratung der Anträge betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation;
 - b) Arbeiterinnen-Sekretariat. J. Altmann-Berlin;
 - c) Agitation unter den Dienstboten. G. Grünberg-Nürnberg;
 - d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern;
 - e) Streitunterstützung und Streitstatistik;
 - f) Heimarbeiterschutz;
 - g) Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber. B. Blum-Berlin;
 - h) „Correspondenzblatt“.
3. Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat. R. Schmidt-Berlin.
 - a) Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. G. Lesche-Hamburg.
4. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. B. Lange-Hamburg.
5. Die gewerbmäßige Stellenvermittlung. D. Börsch-Berlin.
6. Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. D. Altmann-Hamburg.
7. Grenzfreitigkeiten.
8. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.
9. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. G. Mollenbuhr-Berlin.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 11. Mai 1908 an die Generalkommission ein zu senden. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der vierte Gewerkschaftskongreß, der vom 16. bis 21. Juni 1902 in Stuttgart tagte, beschloß bezüglich der Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen folgendes:

Zur Teilnahme an den allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongressen sind sämtliche Zentralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, welche verhindert sind, sich zentral zu organisieren. Unter „sämtliche Zentralorganisationen“ sind alle zentral organisierten Gewerkschaften zu verstehen, welche an dem vorausgegangenen Gewerkschaftskongreß teilgenommen oder sich später der Generalkommission angeschlossen haben. Berechtigte Lokalorganisationen sind solche gewerkschaftliche Vereinigungen, für welche ein Zentralverband nicht besteht.

Ausgeschlossen von der Teilnahme an den Gewerkschaftskongressen sind alle Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen und für die überschüssige Mitgliederzahl, welche 3000 nicht erreicht, einen weiteren Delegierten zu wählen. Gewerkschaften, welche weniger als 3000 Mitglieder zählen, wählen einen Delegierten. Der Wahlmodus bleibt den einzelnen Gewerkschaften überlassen.

Zur Tagesordnung der Generalversammlung.

= Es war voraus zu sehen, daß die vom Vorstand veröffentlichte einstweilige Tagesordnung zu mehrfachen Einwendungen Mitgliedern Veranlassung geben würde. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die von den Mitgliedern in bezug auf die scheinbare Unzulänglichkeit der Tagesordnung gehegten Befürchtungen nicht durch eine Erläuterung der Tagesordnungspunkte zerstreut werden könnten.

Wir geben zu, die Tagesordnung sieht auf den ersten Blick hin dürftig aus. Sie enthält mit Ausnahme des 6. Punktes rein geschäftliche Angelegenheiten, die anscheinend die Berücksichtigung aller jener Fragen, die für die Mitglieder und für die Zukunft des Verbandes von besonderem Interesse und Bedeutung sind, vermissen lassen. Aus diesem Gefühl heraus entstand dann wohl auch die Kritik, die bereits an der vorläufigen Tagesordnung geübt wurde, entsprangen die Anregungen, nach denen die Fragen über Agitation, Gauleiter und über die Verschmelzung als gesonderte Punkte behandelt werden sollten. Man kann nicht leugnen, daß eine gesonderte Beratung über diese Fragen die Debatten vielleicht übersichtlicher gestalten würde. Aber die Befürchtung, daß man nun über diese Dinge überhaupt nicht sprechen wollte oder würde, ist gänzlich unbegründet. Fordert man die besondere Beratung jener Fragen aus dieser Befürchtung heraus, meint man, der Vorstand wolle den Mitgliedern die Erörterung dieser Punkte auf der Generalversammlung vorenthalten, so tut man auf der einen Seite dem Vorstand unrecht und auf der anderen Seite vergift man die Gewohnheiten unserer Generalversammlungen, welche trotz der immer verschiedenen Zusammensetzung durch die wechselnden Delegierten in ihren Gebräuchen streng konservativ sind.

Und so ist es denn alte Gewohnheit bei uns geworden, bei den Berichten des Vorstandes eine zumindest dreitägige

Debatte zu pflegen, in der ein durch einen Bureaubeamten vielleicht unbeantwortet gebliebener Brief mit derselben Gründlichkeit besprochen wird, wie die das Leben der Organisation tatsächlich am innersten bewegenden Fragen. In buntem Wechsel schwirren Klagen über eine empfundene Benachteiligung bei der Gewährung einer Unterstützung oder über gar nicht begonnene oder zu früh beendigte Differenzen durch einander. Bei den einzelnen Anträgen, deren Beratungen dann zumeist wegen der mangelnden Zeit arg zusammen geschoben werden müssen, wiederholen sich nicht selten dieselben Debatten. Das alles ist zweifellos das gute Recht der Delegierten, auf der Generalversammlung ihrem Herzen Luft zu machen und die Anliegen ihrer Wähler zum Ausdruck zu bringen. Aber das schuf den Zustand, daß — in Verbindung mit den einzelnen Anträgen — eine strenge Scheidung der einzelnen Punkte gar nicht möglich war. Es kommt in letzter Linie auf den bekannten parlamentarischen Gebrauch hinaus, daß, gleichwie bei den Hauptdebatten eines Etats das Gesamtverhalten einer Regierung zur Diskussion steht — bei welcher Debatte über alles mögliche gesprochen werden kann — auch bei dem Bericht unseres Vorstandes alle die Dinge erörtert werden können, auf welche die Mitglieder besondere Bedeutung legen möchten.

Das möchten wir an der Möglichkeit der gründlichen Besprechung folgender drei Hauptwünsche zeigen: Agitation, Anstellung von Gauleitern, Verschmelzung.

„Agitation“ stand als besonderer Punkt auf der Tagesordnung der letzten Generalversammlung. Mit vollem Recht. Aber was man vor drei Jahren unter diesem Punkt noch — nach den Debatten über den Vorstandsbericht — Neues sagte, betraf die Anstellung von Gauleitern. Nun gut, auch dieses Mal wird und muß man bei dem Bericht des Vorstandes den Punkt Agitation berücksichtigen. Aber zu einer weiteren Aussprache darüber eignet sich dann auch noch ganz besonders der Bericht des Gauleiters. Was liegt näher, als im Anschluß an dessen Bericht die Frage der Anstellung oder Nichtanstellung weiterer Gauleiter zu erörtern? Würde es da nicht eine direkte Zeitvergeudung oder offene Aufforderung, Debatten zu wiederholen, sein, wollte man diese Frage dann noch einmal besprechen? Also darüber darf und sollte kein Zweifel herrschen: die Agitation wird sicherlich nicht zu stiefmütterlich behandelt werden. Es ist bei keinem unter uns der Gedanke vorhanden, daß wir die Agitation entbehren oder ihrer zu viel haben könnten.

Mit der Verschmelzung ist es nicht viel anders. Wir werden ja wahrscheinlich noch nach einiger Zeit näher darauf eingehen. Aber für heute genügt doch, darauf hinzuweisen, daß ja die letzte Generalversammlung den Vorstand ausdrücklich damit beauftragte, diese Frage nicht aus dem Auge zu verlieren. Der Vorstand hat diesen Auftrag ausgeführt und wird nun selbstverständlich in seinem Bericht darauf eingehen. Also ist auch inbezug hierauf die weiteste Aussprache ermöglicht.

Die Befürchtungen also, daß die Generalversammlung an den wichtigsten Fragen unserer Organisation vorübergehen könnte, sind völlig unbegründet. Ganz abgesehen davon, daß man eine solche Kurzsichtigkeit dem Vorstand gar nicht zutrauen sollte, braucht man sich an die provisorische Tagesordnung nicht unbedingt zu halten. In letzter Linie machen ja die Tagesordnungen nicht den Wert der Generalversammlungen aus, sondern der Geist der Mitglieder und der Delegierten, ihr Ernst und ihre Sachlichkeit drücken ihnen den Stempel auf. Selbst wenn jede einzelne Frage einen besonderen Punkt der Tagesordnung bildete, könnten die Debatten flach, fruchtlos, die Beschlüsse wertlos sein, wenn es an Stimmung fehlt. Aber die Wünsche der Mitglieder, die Notwendigkeiten und Erfordernisse unseres Organisationslebens werden sich immer durchsetzen, ganz gleich, ob die Hauptfragen bei den Berichten der Beamten oder in besonderen Beratungsabschnitten besprochen werden.

Jedenfalls aber füllt die diesmal vorliegende provisorische Tagesordnung der Generalversammlung dadurch eine sonst vorhandene Lücke aus, als durch den sechsten Punkt wir auch einmal Gelegenheit haben werden, unsere Stellung in der allgemeinen Arbeiterbewegung zu besprechen. Fast alle unsere bisherigen Generalversammlungen kamen über den Rahmen unserer besonderen Berufs- und Verbandsinteressen-Erörterungen nicht hinaus. Das war um so mehr zu bedauern, als fast alle anderen Verbände auf ihren Generalversammlungen durch diesen oder jenen Tagesordnungspunkt ihre Verbindungen mit der großen Arbeiterbewegung bekundigten und festigten. Es kann nicht die Aufgabe unserer Generalversammlung sein, direkte Anträge an den Gewerkschaftskongress zu stellen. Dazu ist es dann zu spät und im übrigen werden darauf bezügliche Bekanntmachungen der Generalkommission bereits erlassen. Aber wir

können bei dieser Gelegenheit neben der Betonung der Stellung unseres Verbandes gegenüber der allgemeinen Bewegung auch einmal unser Verhältnis zu den anderen Gewerkschaften erörtern und die allgemeinen gewerkschaftlichen Fragen berühren. Sind wir schon durch unsere Kleinheit in unserem Einfluß auf die Gestaltung der gewerkschaftlichen Fragen äußerst beschränkt, so können wir unsere Stellung dadurch gewiß nicht verbessern, daß wir uns um nichts allgemeines auf unseren Generalversammlungen kümmern.

So beschränkt also die einstweilige Tagesordnung der Generalversammlung deren zu wünschende Bedeutung nicht, sondern sie läßt der Diskussion auf allen Gebieten freiesten Spielraum. Und an den vor der Generalversammlung stattfindenden Diskussionen der Mitglieder, dann an dem sachlichen Debattieren und dem ernstlichen Willen der Delegierten wird es all in liegen, den anscheinend ungenügenden Formen lebensvollen Inhalt zu geben. Die Formen zwingen das Leben nicht, aber das Leben kann alle Formen meistern.

Verbands-Angelegenheiten

223. Vorstandssitzung vom 16. März 1908.

Von Rehan wird berichtet, daß die Maler bei der Firma Hertel, Jacob & Co. die Ringtungen eingereicht haben. Die beantragte Delegation eines Vorstandsvertreters wird abgelehnt; der erforderliche weitere Aufschluß soll schriftlich gegeben werden. — Von Großbreitenbach liegt eine telegraphische Mitteilung vor; näherer schriftlicher Bericht soll jedoch noch abgewartet werden. Ueber die Sperre überhängt. — Im Anschluß an Berichte von Volkstedt und Unterweißbach wird beschlossen, den Kampf für beendet zu erklären, und den Zahlstellen die erforderlichen Verhaltens-Maßnahmen zu geben. — Von Höhr liegt ein Situationsbericht vor, grundbesessen beschlossen wird, den Kampf ab zu brechen und den Mitgliedern weitere Verhaltens-Maßnahmen zu geben. — Die Sperren über Göttingen, Göltschrenfeld und Schönwald werden aufgehoben. — Eine Zuschrift der Gau-Kommission-Ilmenau, sowie Zuschriften von Meiningen, Schauberg, Spandau, Staffel, Langewiesen und Schorndorf werden zur Kenntnis genommen. — Eine Zuschrift der General-Kommission soll entsprechende Beantwortung finden. — Von Neuholdensleben beantragte Unterstützungen nach § 22 des Statuts für zwei Mitglieder werden bewilligt. — Von der Zahlstelle Volkstedt geleistete Ausgaben werden nachträglich genehmigt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

224. Vorstandssitzung vom 19. März 1908.

Den Mitgliedern in Gelsenkirchen, Firma Rhein. Westf. Emailierwerk, werden entsprechende Verhaltens-Maßnahmen gegeben. — Zuschriften von Reichenbach, Großbreitenbach, Unterweißbach und Volkstedt werden zur Kenntnis genommen. — Bezüglich von Rehan beantragte Delegation eines Vorstandsvertreters wird definitive Beschlußfassung vertagt; dem Mitglied 8313 wird Rechtsschutz bewilligt. — Von Tiefenfurt liegt Mitteilung vor, wonach der Konkurs über die Firma Donath nunmehr eröffnet ist. — Dem Gewerkschafts-Kartell Sonneberg soll auf entsprechende Zuschrift mitgeteilt werden, daß der ablehnende Beschluß in Rechtsschutzsache 7749 nicht aufgehoben wird. Ein Antrag der Zahlstelle Schren, eine Mehr-Ausgabe im 12^o Fonds aus Verbandsmitteln zu decken, wird unter entsprechender Begründung abgelehnt. — Der Zahlstelle Köppelsdorf als Vorort des 12. Agitationsbezirkes, werden die beanspruchten Mittel für Agitationszwecke bewilligt. — Ein Antrag des Genossen Hoffmann-Ilmenau, auf Gewährung von Rechtsschutz wird vertagt, und soll inzwischen ein juristisches Gutachten beigebracht werden. — Dem Mitglied 9858 Schramberg wird der Krankengeld-Zuschuß vorläufig für 1 Woche stillert; inzwischen soll Rückfrage erfolgen. — In der Beschwerdesache 16964 Volkstedt ist ein Firtum untergelaufen, wovon der Beschwerdekommision noch Mitteilung gemacht werden soll. So weit das Mitglied bereits über die statutarische Höchstsumme hinaus Krankengeld-Zuschuß erhalten, soll von der Rückzahlung Abstand genommen werden, weil es sich um ein Firtum handelt für welches weder das Mitglied, noch sonst jemand verantwortlich gemacht werden kann. — Den Mitgliedern 17817 Göltschrenfeld, 6051 Langewiesen, 6615 Martinroda, 8290 Rehan wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. — Miets-Zuschuß für 20122 Reichenbach wird abgelehnt. — Eine Zuschrift in Rechtsschutzsache 12486 Selb wird zur Kenntnis genommen und der bereits voraussetzungsweise bewilligte Rechtsschutz definitiv bewilligt. — Dem Mitglied 6714 Meuselbach wird für weitere 2 Wochen Unterstützung bewilligt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

225. Vorstandssitzung vom 22. März 1908.

Entschuldigt fehlen Frosch und Hofmann. In Bezug auf die bevorstehende General-Versammlung wird beschlossen, die General-Kommission zu ersuchen, einen Vertreter zu dieser zu entsenden. Ferner wird beschlossen, die Vorstände des Glasarbeiter- und Töpfer-Verbandes hierzu ein zu laden. Vom Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs können wir für dieses Mal eine Vertretung nicht beanspruchen, weil dieser zu Pfingsten d. J. ebenfalls eine General-Versammlung abhält; deswegen soll von einer Einladung abgesehen werden. — Zur Führung des Protokolles für die General-Versammlung ist der Genosse Dr. Borchardt-Charlottenburg gewonnen worden. — Der Bescheid-Kommission soll in Sachen 20004 Lannroda und 10855 Schönwald Aufschluß gegeben, beziehungsweise das Material

zugestellt werden. — Zuschriften von Eisenberg, Großbrettenbach, Rudolstadt, Altwasser, Weiningen, Schauberg und Schadowitz werden zur Kenntnis genommen. — Der erfolgte Ausschluß des Mitgliedes 14 638 Leipzig wird auf Antrag der Vertrauensleute wieder aufgehoben. — Ein Antrag Arzberg, Aufhebung von Streichungen einiger Mitglieder betreffend, wird vertagt und Rückfrage beschlossen. — Eine Beschwerde des Mitgliedes 6169 Selb-Blößberg, Verweigerung von Krankengeld-Zuschuß wegen zu hoher Beitragsreste betreffend, wird als unbegründet zurückgewiesen. — Das Mitglied 1482 Breslau soll wegen Verstoßes gegen § 23 Ziffer 3 des Statuts verwarnt werden. — Dem Mitglied 9388 Schwarza wird Krankengeld-Zuschuß bewilligt. — Von den Anverwandten eines früheren Mitgliedes in Schlierbach wird Anspruch auf Sterbegeld erhoben; das muß abgelehnt werden. — Aufhebung von Streichungen wegen Beitragsresten werden beantragt, jedoch sämtlich abgelehnt, für 3 Mitglieder in Dresden und 9 Mitglieder in Köppelsdorf. — Die beantragte Aufhebung von Streichungen wegen Beitragsresten wird bewilligt für 7645 Königsee und 5442 Kleinembach mit dem Hinzufügen, daß sämtliche statutarischen Rechte ruhen bis nach Begleichung der Beitragsreste. Die frühere Mitgliedschaft für 10015 wird anerkannt, nachdem der Vorstand des Oesterreichischen Porzellanarbeiter-Verbandes seine Einwilligung dazu gegeben; statutarische Rechte auf Grund der letzten Arbeitslosigkeit werden jedoch nicht anerkannt. — Mitglied 22 248 Reimann-Teltow wird auf Grund des § 3 Absatz 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — G. Fiebers, F. Ostendorf und H. Hertoy, Althaldensleben, G. Görlich, Eisenberg, M. Steiner, Köppelsdorf, F. Nachbar, Teltow, werden mit je 2 Jahren Strafkarenzzeit in den Verband aufgenommen. — Dem übertretenden Mitgliede 2218 des Oesterreichischen Verbandes wird die beantragte Einzelmitgliedschaft bewilligt. — Das Mitglied 1556 Johann Hoffmann, Breslau z. Zt. in Turn (Böhmen) wird nach § 3 Ziffer 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Den Mitgliedern 9327 Schorndorf und 14 804 Teltow wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. Unterstützung nach § 22 des Statuts für 1858 Magdeburg wird abgelehnt und nach § 14 Absatz 1 des Statuts bewilligt. — In Unterstützungssache 4847 Judenbach liegt eine erneute Zuschrift der Zahlstellen-Köppelsdorf vor, welche aber keinen Anlaß giebt, den in dieser Sache gefaßten Beschluß auf zu heben. — Dem Mitglied 12 643 Stadtlengsfeld wird Unterstützung vom Tage der Entlassung ab bewilligt. — Ein Unterstützungs-Anspruch des Mitgliedes 17 714 Meuselwitz wird als unbegründet erachtet und abgelehnt. — Dem Mitglied 8122 Gräfensthal wird Unterstützung nach Ablauf der ersten 2 Wochen bewilligt. — Ein wiederholter Antrag auf Gewährung von Unterstützung nach § 22 des Statuts für einige Mitglieder in Schönwald wird wiederum abgelehnt. — In einer Rechtschussache von Waldenburg soll ein weiteres Gutachten eines Rechtsanwaltes eingeholt werden. — In Unterstützungssache 1871 Golditz wird Vertagung und Rückfrage beschlossen. — Ein Anspruch auf Umzugsgelder über den Höchstbetrag von 50 Mk. hinaus, des Mitgliedes 8885 Leipzig wird nach § 19 Absatz 1 des Statuts abgelehnt. — In Rechtschussache 19 314 Magdeburg wird der bereits gefaßte Beschluß aufrecht erhalten und die Beschwerde des Mitgliedes zurück gewiesen. — Dem Mitglied 5401 Kahla wird 1 Jahr der Karenzzeit erlassen auf diesbezüglichen Antrag der Zahlstellen-Verwaltung. — Eine Zuschrift von Kloster-Wehra in Sachen des früheren Mitgliedes 5492 ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Mittellungen des Kassierers werden zur Kenntnis genommen, betreffend die gerichtliche Bestrafung des früheren Zahlstellen-Kassierers in Sorau (Mittelsch) wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern, sowie Feststellung eines Fehlbetrages beim früheren Zahlstellenkassierer in Rheinsberg, der inzwischen aber bereits wieder gedeckt. — Der Kassierer gibt die Abschlüsse der Hauptkasse für die Monat Januar und Februar zur Kenntnis; demnach betrug das Vermögen Ende Februar 188 828,41 Mk.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Zur General-Versammlung

Allgemeines für die Generalversammlung.

Ich erkläre mich mit dem Gedankengang des von dem Kollegen Kurt Schneiderheinz-Annaburg gebrachten Aufsatzes einverstanden.

Zu den Vorschlägen von der Zahlstelle Rudolstadt möchte ich bemerken, daß mir die Gewährung des Krankengeldzuschusses vom Tage der Erkrankung ab als eine zu starke Belastung unserer im Ausbau begriffenen Zuschußklasse erscheint, was aus dem Auszug des Kassenberichts 1906 hervorgeht, woselbst die gesamten Mitglieder doch erst das letzte Quartal Rechte gegen diese Kasse hatten und die Ausgaben, diese von den 1000 früheren Beihilfefondsmitgliedern eingeschlossen, bereits 18413,14 Mark betragen, fürs Jahr berechnet 73652,56 Mark. Durch diese Zahl dürfte die Höhe der im Bericht angegebenen Einnahme in ein anderes Licht gestellt werden.

Beziehentlich der Höherversicherung nach zurück gelegter Karenzzeit von 52 Wochen ist die Fassung nicht klar, da sie offen läßt, ob die Mitglieder, welche im Vorjahre ihre zulässige Dauer des Zuschusses bezogen haben, auch mit gemeint sind. Auch kann ich mich nicht mit der Festlegung der Unterstützungswochen befreunden.

Ich schlage den Mitgliedern zur Aussprache folgende Fassung des § 23 Abs. 6 vor: „Die Zahlung dieses Zuschusses beginnt mit dem vierten Tage vom Tage der Arbeitsunfähigkeit“. Die Worte: „beim Zahlstellenkassierer abgerechnet“ kommen in Wegfall. Also gilt als erster Karenztag die Meldung beim Arzt resp. dessen Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit.“

Mit der Verlegung des Vorortes von Berlin nach Thüringen kann ich mich nicht einverstanden erklären, da wohl die gedachte Ersparnis schon betreffs der für die nötigen Räume zu zahlende Miete nicht eintreten würde usw., auch sonst wohl nicht im Interesse der Zentralisation liegen kann.

Max Ehrhardt-Botschappel.

Mit den Vorschlägen, welche Genosse Uhlmann-Dresden, in Nr. 12 der Ameise, zur Generalversammlung macht, betreffend die Arbeitslosenversicherung, die Unterstützungssätze und -dauern derselben herabzusetzen, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Wir haben uns immer gerühmt, daß wir die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine in Bezug auf Unterstützungseinrichtungen eingeholt, ja sogar überflügelt haben, dies mag auch zutreffen. Doch würden bei eventueller Herabsetzung der Dauern und Höhen der Unterstützungen nur den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen neue Agitationsmittel in die Hände gespielt werden; denn wir würden bei den Vorschlägen des Genossen Uhlmann wieder unter die Gewerksvereine sinken. Besser angebracht würde eine Beitragserhöhung sein, um die Finanzen zu stärken. Wohl aber ist der Vorschlag vom Genossen Uhlmann, eine Reduzierung der vielen Beitrags- und Zuschußklassen vorzunehmen, zu empfehlen. Noch besser würde allerdings ein Einheitsbeitrag sein, derselbe würde aber jedenfalls noch zu wenig Aussicht auf Annahme in der Generalversammlung haben. — Bezüglich der Streitmarkenfrage ist es kein schlechter Gedanke und Vorschlag, den der Genosse Paul Pirche Altwasser macht, daß vierteljährlich eine Marke von 20 Pf. pro Mitglied erhoben werden soll.

Karl Plechke, Herischdorf.

Eine der wichtigsten Fragen bei der diesjährigen Generalversammlung wird wieder unbedingt die Gauleiterfrage sein. Vor allen Dingen wird es sich um Anstellung eines besoldeten Beamten für das Rheinland, für Westfalen und das Saargebiet handeln. Denn gerade in diesen Ecken des Deutschen Reiches hat der Organisationsgedanke bei den Arbeitern und besonders bei den Porzellanern noch herzlich wenig an Boden gewonnen. Bonn allein hat annähernd 3000 Porzellanarbeiter, von denen bloß 30 organisiert sind. Dasselbe Verhältnis haben wir im Saarrevier wo es schließlich noch schlechter aussieht. Hier bedarf es noch einer kolossalen Arbeit und Agitation. Dieselbe kann aber nur geschehen durch Anstellung von unabhängigen Beamten, dieselben können sich freier bewegen als der Arbeiter, der im Dienste des Kapitals steht und der sobald er sich rührt, um seine Arbeitskollegen von der Bedeutung der Organisation zu überzeugen, aufs Pflaster geworfen wird. Driecht ein Konflikt aus zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, so ist der Gauleiter eher zur Stelle als der Hauptvorstand und kann als vermittelnde Person einspringen. Der Hauptvorstand wird durch den Gauleiter vieler Arbeiten enthoben und kann sich seiner Arbeit auf dem Bureau mehr widmen wie bisher wo fast jede Woche ein Mann vom Hauptvorstand irgend wohin delegiert war um als helfender Vermittler oder als Ratgeber zu wirken. Es würde auch so leicht nicht vorkommen, daß, wenn eine Zahlstelle um die Delegation eines Vorstandsmittgliedes ersucht, dieselbe abgelehnt werden muß, was dann immer gewöhnlich üble Folgen hat. Dieses wäre dann Arbeit des Gauleiters. Auch würde es soweit von Nutzen sein, daß eine Schreibhülfe auf dem Bureau unnötig würde. So haben wir der Gründe mehr.

Als überflüssig und als viel unnötige Geldopfer verschlingend, bezeichne ich die Vertrauensmänner-Konferenzen, besonders hier im Rheinland und Westfalen, denn Erfolg hat der hiesige Agitationsbezirk noch herzlich wenig gehabt. Die alten Anträge werden eben immer wieder aufgefrischt, die Delegierten sagen sich gegenseitig ihre Meinung, fassen schöne Beschlüsse, stellen gute Anträge, aber von der Wirkung ist nichts zu spüren. Was nützen die schönen Anträge, wenn der Erfolg fehlt? Selbstverständlich ist den Vertrauensleuten kein Vorwurf zu machen, daß der Erfolg so spärlich ist, den guten Willen hat wohl ein jeder. Der Grund für den schlechten Erfolg ist vielmehr darin zu suchen, daß die Vertrauensleute und auch die übrigen Mitglieder nicht die Zeit haben für eine intensive rastlose Agitation, denn bloß eine solche verspricht einer angefangenen Arbeit den schließlichen Erfolg. Wenn das Geld, was die ganzen Agitationskonferenzen kosten, für Gauleiter angelegt würde, trüge es bessere Zinsen.

Einen nicht guten Eindruck hat das Verhalten des Hauptvorstandes gemacht, daß die Kosten für den Bericht des Gauleiters (Hoffmann) abgelehnt, und dafür beschlossen wurde, den Bericht dem des Hauptvorstandes anzugliedern. Die Mehrzahl der Mitglieder hätte wohl gern den Bericht des Gauleiters allein gesehen, denn hätten die Mitglieder den Bericht des

Gauleiters jetzt schon in Händen und jedem einzelnen wäre der Einblick in die Tätigkeit desselben gestattet, so würde jeder seine Schlussfolgerungen ziehen können, ob die Einrichtung eine gute oder verfehlte Spekulation ist.

Ferner würde es sich empfehlen, den Zahlstellenverwaltungen mehr Rechte einzuräumen wie z. B. das Ausfüllen von Mitglieds-Büchern für neuaufgenommene Mitglieder, sowie die Entscheidung über Arbeitslosenunterstützung für solche Kollegen, die gezwungen sind, ihre Arbeitsstelle ohne Kündigung auf zu geben. Die örtliche Verwaltung kann die Sache eher prüfen als der Hauptvorstand. Die Unterstützung könnte eventuell geringer sein als bei Entlassungen. Dann soll der Hauptvorstand den örtlichen Verwaltungen mehr Glauben schenken und nicht mehr auf private Mitteilungen geben als auf den Bericht der Verwaltungen. Das erweckt bloß Mißtrauen unter den Kollegen. Denn dem Hauptvorstand muß doch die Zahlstellenversammlung maßgebender sein als ein einzelner Kollege.

Ein altes Ueberbleibsel in unserm Verband ist das Stempelsystem; dasselbe wäre zu ersetzen durch das Markensystem wie es alle andern Verbände auch haben, das würde auch gleichzeitig eine Erleichterung für die Kassierer bedeuten.

Was die Zuschußkasse anbetrifft, würde ich mich der Zahlstelle Rudolstadt in Nr. 11 der Ameise anschließen. Ferner muß mehr Agitation unter den Gips- und Terrakotta-Arbeitern getrieben werden, deren traurige Lage dringend der Abhilfe bedarf. Durch Herausgabe von Flugschriften für diese Branche wäre sehr viel zu erreichen, an Material hierzu fehlt es wahrscheinlich nicht und gerade in dieser Branche haben wir noch eine große Masse, die unserer Organisation feindlich gegenüber steht. Auch wäre es angebracht, einen einheitlichen Beitrag zu schaffen für das Stufensystem.

Die Verlegung des Verbandsitzes halte ich für unzweckmäßig weil doch in Berlin die beste Fühlung mit den andern Verbänden stattfinden kann. Robert Ehrhardt-Düsseldorf.

Verschiedenes.

Unter den Aufgaben der nächsten Generalversammlung wird auch der Punkt „Streits“ eine Rolle spielen; demzufolge wird man auch über die Kosten der Streits viel zu reden haben. Deshalb möchte ich die Zahlstellen schon jetzt ersuchen, darüber zu beraten, ob es nicht möglich wäre, wenn jedes Mitglied (weibliche Mitglieder sowie Lehrlinge ausgeschlossen) verpflichtet würde, jeden Monat zwei Streikmarken zu kleben. Nach Durchsicht des Kassenberichtes von 1906 findet man, daß bei Durchführung obigen Vorschlages ein günstiges Resultat heraus kommen würde. Statt 4000 Mk. würde die stattliche Summe von über 20 000 Mk. eingegangen sein, also der fünffache Betrag. Hier muß endlich eine Aenderung geschehen, damit diese lächerhafte Rubrik, unter dem Titel „Freiwillige Beiträge“ in unseren Kassenberichten anders aussieht. Zwei Streikmarken im Monat bedeuten gewiß kein großes Opfer, wenn man überhaupt bedenkt, daß es Zahlstellen gibt, welche diese Steuer schon seit Jahren unter ihren Mitgliedern eingeführt haben.

Den Vorschlag des Kollegen Rimme-Begeack in Nr. 11 der „Ameise“, „auch in unseren Verbände das Markensystem einzuführen“, stimme auch ich zu und zwar aus denselben Gründen wie R. Das Markensystem, verbunden mit wöchentlicher Kassierung der Beiträge durch einen Unterkassierer, wie wir es schon einige Jahre eingeführt haben, hat unsern Mitgliedern, sowie dem Kassierer große Erleichterung gebracht; selbstverständlich ist die umständliche Methode, wie sie im § 7 Absatz 3 angegeben ist, nicht notwendig, sondern es genügt, wenn der betreffende Unterkassierer die Mitgliedsbücher jeden Monat oder jedes Quartal einmal zur Abstempelung sammelt, wo dann auch die schon bezahlten Streikmarken vom Kassierer eingeklebt werden. Die Hauptsache ist dabei, daß der Zahlstellenkassierer jede Woche abrechnet. Des weiteren will Rimme den Zahlstellenverwaltungen mehr Rechte einräumen. Es wäre am Platze, wenn in unserem Hauptvorstande der Bureaokratismus nicht zu weit getrieben würde und die Zahlstellenverwaltungen nicht zu arg bevormundet würden. Ich will das genauere Arbeiten unserer Verbandsbeamten durchaus nicht irgendwie angreifen, aber die Kassierer der Zahlstellen zu reinen mechanischen Handlangern des Hauptvorstandes zu machen, wie es bei Unterstützungssachen vorkommt, ist nicht nach jedermanns Geschmack. So kommt es vor, daß ein Mitglied, welchem laut Statut acht Wochen oder mehr Unterstützung gewährt werden muß, erst vier Wochen bewilligt bekommt, so daß nach Ablauf dieser vier Wochen der Zahlstellenkassierer nochmals eine Bittschrift einsenden muß. Hier liegt die Bevormundung, da sollte man doch den Zahlstellenkassierern soviel Vertrauen entgegen bringen, daß sie selbst nicht über die statutarisch vorgeschriebene Zeit Unterstützung

auszahlen; sonst werden wir ja auch Vertrauensmänner genannt.

Dem Vorschlage der Zahlstelle Rudolstadt „das Krankengeld vom Tage der Erkrankung an zu gewähren“, kann gewiß jeder Kollege mit Recht zu stimmen, denn einer jeden Familie unserer Kollegen sowie allen anderen Kollegen in unserem Verbandschmerzen auch die ersten Tage eines unfreiwilligen Feierns oder Krankseins. Auch der Abänderungstabelle, welche obige Zahlstelle zu § 23, Absatz 3 aufgestellt hat, stimme ich zu, nachdem zur obligatorischen Einführung der Zuschußkasse wohl die allerniedrigste Unterstützungsdauer angenommen wurde; jedoch hat die Zahlstelle Rudolstadt vergessen, daß man dann unwillkürlich auch an eine Beitragserhöhung denken müßte.

Dem Vorschlage, auf Verlegung des Verbandsitzes, ist wohl schon aus dem Grunde nicht zu zustimmen, weil dem Hauptvorstande die Fühlung mit anderen großen Verbänden genommen würde. Die Zahl von 200 Mitgliedern auf 500 zur Wahl eines Delegierten zu erhöhen, sowie alle zwei Jahre eine Generalversammlung ab zu halten, läßt sich wohl auch genügend begründen. Zur Finanzreform betrachte ich es als selbstverständlich, daß wir jetzt schon einer Beitragserhöhung das Wort reden, da ohne eine solche die hohen Unterstützungssätze unsere Finanzen von Jahr zu Jahr eher schwächen, statt stärken würden. Zu einer Herabsetzung unserer Unterstützungssätze ist deshalb nicht zu raten, weil wir dann mit einem Mitglieder-rückgang mehr zu rechnen hätten, als bei einer kleinen Erhöhung der Beiträge. Wenn jeder Kollege seine Berufsorganisation an erste Stelle von sämtlichen Korporationen stellt, welchen er eventuell angehört, dann wird er sich ganz sicher viel leichter in eine kleine Beitragserhöhung finden als er momentan meint.

Ullmann-Pforzheim.

Betreff Streikreglement.

Statut § 21 Abs. 1 dürfen Mitglieder eines Ortes oder Betriebes ohne vorherige Genehmigung des Vorstandes nicht in den Streik treten. — Ich möchte hierbei den Streik der Zahlstelle Pankow in Erwähnung bringen, jedoch kann ich nicht auf alle Einzelheiten eingehen, da es sonst zuviel Raum in der „Ameise“ fortnimmt. Der genannten Zahlstelle ist jegliche Streikunterstützung abgelehnt worden, weil die Genehmigung noch nicht entschieden war. In diesem Betriebe besteht keine Kündigung. Trotzdem das Telephon fortwährend in Funktion gesetzt wurde, hat sich jedoch niemand vom Vorstande sehen lassen. So waren wir nun unserem Schicksal selbst überlassen. Nachdem wir eine volle Woche im Streik standen, wurde uns die unangenehme Ueberraschung zuteil, daß wir keine Unterstützung bekommen. Also eine Woche hat dieser Bescheid gedauert. Man sollte dies nicht für möglich halten, da man doch bald mit einem Stein von Pankow bis Charlottenburg werfen kann. Ferner wurde uns vom Vorstandsvertreter die Anmaßung zuteil, daß wir wieder zum Fabrikanten gehen und fragen sollten, ob er uns wieder einstellen würde. Mit anderen Worten gesagt: „Organisiert und betteln um Arbeit“. Daher ist es kein Wunder, wenn einem von anderen Leuten ins Gesicht geschleudert wird: „Lieber in die Lebensversicherung als in euren Verband“.

Ich hege daher den Wunsch, daß der § 21 Abs. 1 des Streikreglements wie folgt umgeändert wird: „Mitglieder eines Ortes oder Betriebes, welche in eine Bewegung einzutreten beabsichtigen, durch welche eine Verbesserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden soll, können in dringenden Fällen auch ohne Genehmigung des Vorstandes die Arbeit niederlegen.“ Ich glaube, es wird uns doch niemand zumuten, daß wir aus Uebermut oder Langweile in den Streik treten. Durch das lange Zögern des Vorstandes entstehen nur Zwispalt und Zersplitterung. Ich glaube annehmen zu können, daß wir, wenn dieser Paragraph in Kraft tritt, nicht so große Schwankungen in der Mitgliederzahl zu verzeichnen haben.

Carl R o h d e = Magdeburg.

Zum Antrag II Wittenberg.

Die Zahlstelle Wittenberg stellte in Nr. 10 der „Ameise“ einen Antrag, welcher nach der Meinung verschiedener Kollegen geeignet erscheint, schon vor der Generalversammlung näher besprochen zu werden. Ich meine damit den Antrag II: Mitglieder, welche Streit- oder Maßregelungsunterstützung bezogen, haben ferner Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Ich hätte es gern gesehen, wenn auch andere Zahlstellen oder Kollegen sich des Antrages angenommen hätten, damit man die Meinung der Kollegen im allgemeinen zu hören bekäme. Da sich aber bis jetzt noch Niemand dazu geäußert hat, so will ich die Sache dem stillen Winkel der Versammlungsberichte entrücken.

Die Begründung des Antrages, die ihm die Antragstellerin mit auf den Weg gab, besagt ja schon in kurzem, um was es sich handelt. Wir nehmen speziell in unserer Organisation wahr, daß die geführten Streiks und Aussperrungen sich immer langwieriger und intensiver gestalten; wie das koalierte Unternehmertum sich gerade der im Vordergrund des Kampfes stehenden Kollegen annimmt, um sie mit der Hungerpeitsche kirre oder gänzlich unschädlich zu machen. Raum hat er heute einen Arbeitsplatz gefunden, so hat ihn auch morgen schon wieder durch die famose Taktik der Auskünfte oder schwarzen Listen der Unternehmer, das Schicksal ereilt. Ist dann die Frist, die ihm das Statut Arbeitslosenunterstützung sichert, an Streikunterstützung aufgegangen, so gibt ihm eine eventuell kommende Arbeitslosigkeit auf ein ganzes Jahr schutzlos der Willkür des Unternehmertums frei. Ziehen wir nun die jüngeren Mitglieder mit 1, 2 und 3 Jahren Mitgliedschaft in Betracht, so werden bei den meisten Differenzen die in § 14 Ziffer 3 festgesetzten Wochen eher verfloßen sein wie der Ausstand selbst.

Ein solcher Zustand kann aber unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Diese, zu Klassenkämpfern noch zu erziehenden jungen Kräfte wird man wieder zurück werfen in das Lager derjenigen, die stets unseren Organisationsbestrebungen hindernd entgegen gestellt wurden.

Nun kommt es aber auch vor, daß in Betrieben wie Glashütten, Emailierwerken, Herdfabriken usw., in denen unser Verband nur einen Bruchteil, hauptsächlich bloß die Maler, in sich vereinigt, die den Ausschlag gebende Organisation wie Glas- oder Metallarbeiter, in Differenzen gerät. Bei einem folgenden Ausstand dieser Berufsgruppen kann man dann fast ständig auf das Signal warten, wo wir zur Solidarität angerufen werden und welchem Rufe wir auch stets Folge geleistet haben.

Geht ein solcher Kampf verloren und wird man nachher wieder einmal arbeitslos, so hat man seinen Unterstützungsanspruch vermisst, ohne daß man dabei persönliche oder berufsorganisatorische Interessen gewahrt hätte. Solche Fälle sind schon dagewesen und werden noch öfters vorkommen. Es bleibt einem solchen Kollegen weiter nichts übrig, als die Bequemlichkeiten und Freuden der Landstraße in Anspruch zu nehmen.

Die große Masse der Kollegen wird mir natürlich auf oben Gesagtes antworten, daß es an den schlechten Finanzverhältnissen scheitern müsse. Ich meine aber, eine so hervortretende Ungerechtigkeit müßte beseitigt werden, sonst wird für diejenigen, die öfters in Streiks und Maßregelungen verwickelt sind, die Arbeitslosenunterstützung überhaupt illusorisch. Und was das bei der eintretenden Krise zu besagen hat, wird wohl jeder Kollege begreifen.

Ueber eine Beitragserhöhung kommen wir zur Generalversammlung doch nicht hinweg und wäre es deshalb angebracht, Vorstehendes bei etwaigen Debatten innerhalb der Zahlstellen mit zu berücksichtigen. Winc. Wagner-Nehelm.

ziehung dem Kaiser nach zu ahmen. Da hört ihre Monarchentreue auf. Bis zur Gaby-Parttracht, zu Kaisergeburtstagsfeiern und Kriegervereins-Surras langt's noch. Aber den Arbeitern entgegen kommen? Siebenstündige Arbeitszeit, freie, behagliche Wohnungen usw.? — Eine bange Angst krampft diesen guten Leuten das Herz zusammen!

Langewiesen. Wie uns berichtet wird, läßt es sich jetzt die Firma Schlegelmilch wieder angelegen sein, ihre Abneigung gegen die organisierten Arbeiter stärker zum Ausdruck zu bringen. Es äußert sich das in Entlassungen von Kollegen, gegen deren Arbeitsleistungen von der Firma weniger einzuwenden ist, als gegen ihre Verbandszugehörigkeit. Schon seit Mitte Januar dauern diese zweifelhaften Liebenswürdigkeiten der Firma. Und seit dem 12. März arbeiten die organisierten Maler nur 3 Tage in der Woche, 15 organisierte Maler sollen vorläufig noch voll arbeiten. Die Unorganisierten dagegen brauchen überhaupt nicht auszusetzen. Die 15 organisierten Maler wurden bei Herrn Schlegelmilch vorstellig, lieber auch mit auszusetzen, um wenigstens noch 4 Tage in der Woche voll zu arbeiten. Herr Schlegelmilch ging auf den guten Vorschlag nicht ein. Einem verheirateten Maler, der 6 Kinder unter 14 Jahren hat, kündigte Herr Schlegelmilch am 16. März, wie man sagt, weil er einem Kollegen gesagt haben soll, er möge doch die Beiträge weiter zahlen und im Verbands bleiben. Darauf stellte Herr Schlegelmilch dem betreffenden Kollegen anheim, aus dem Verbands auszutreten und voll beschäftigt zu werden oder aber 3 Tage in der Woche zu feiern. Dieser Kollege war schwach genug, er meldete sich vom Verbands ab und im selben Augenblicke wurde der erstgenannte Maler — mit 6 Kindern — der den Kollegen zum Weiterzahlen veranlassen wollte, von Herrn Schlegelmilch gekündigt. Die Maler, die nun aussetzen müssen, haben nicht einmal ihre Arbeiten fertig machen können. Sie haben zu feiern und die halbfertige Arbeit wird von den unorganisierten Arbeitern vollends fertig gemacht, da dieselbe sehr eilig sei. Würden die bei Schlegelmilch beschäftigten Kollegen bezeiten und in ihrer Mehrheit den Wert der Organisation erkennen gelernt haben, derartige Dinge wären nicht möglich. Im übrigen dürfte nach diesen Schilderungen unseren auswärtigen Kollegen die Lust vergehen, nach Langewiesen zu gehen.

Rehau. Die Differenzen bei der Firma Hertel, Jacob & Co. sind unter Mitwirkung der Vorsitzenden der beiderseitigen Interessenorganisationen durch sachliche Verhandlungen beigelegt worden. Die Maler mußten allerdings ihre Forderung auf Entlassung des Obermalers zurückziehen.

Reichmannsdorf. Die hiesige Porzellanfabrik Aktiengesellschaft, die nicht unbeträchtlich verschuldet war, ist bei der Versteigerung einem Kaufmann Steinbrenner aus Köln für 20 500 Mk. zugeschlagen worden. Die Hypothekenschulden betragen allein 76 000 Mk.

Beiträge erwünscht **Hus unserem Berufe** Beiträge erwünscht

Ein Musterbetrieb? In Cadinen, in Ostpreußen, besteht bekanntlich eine Majolikafabrik, die dem deutschen Kaiser gehört. Ein Amerikaner, der diesen Betrieb jüngst besichtigte, war ganz entzückt davon. Das will freilich bei der „objektiven“ Kritik eines Amerikaners nicht viel besagen. Aber interessant ist, was der Amerikaner über die in Cadinen herrschenden Arbeitsverhältnisse gesehen haben will: „Die Arbeiter haben sich über ihr Schicksal nicht zu beklagen. Gegen eine Mietszahlung, die eigentlich nur dem Namen nach besteht, erhalten sie behagliche Wohnungen, deren Entwürfe vom Kaiser herrühren, und jedes Haus hat seinen Garten. Von Montag bis Freitag ist der Arbeitstag auf sieben Stunden festgesetzt, während am Sonnabend nur drei Stunden gearbeitet wird; am Sonntag wird die Feiertagsruhe mit der größten Strenge beobachtet. Alterspensionen, Witwenpensionen, Waisenunterstützungen, nichts ist vergessen worden. Im Sommer beschäftigt man sich in freier Luft mit allerlei Sports, und im Winter in einem geschlossenen Raume mit Gesellschaftsspielen; Lesesäle, Bibliothek, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften sind vorhanden.“ — Das Betriebskapital beträgt 2 Millionen Mark und wirft einen jährlichen Reingewinn von 9 Prozent ab. Vorausgesetzt, daß der Amerikaner die Dinge richtig gesehen hat, was wir nicht nachprüfen können, ergibt sich aus diesen Schilderungen, daß selbst bei einer anständigen, schonenden Arbeiterbehandlung ganz respectable Gewinne zu erzielen sind. — Freilich, unsere Porzellanfabrikanten, namentlich die thüringischen, werden wenig geneigt sein, in dieser Be-

Uersammlungs-Berichte etc.

m. Cassel. Die Zahlstelle Cassel stellt den Antrag, die Generalversammlung wolle beschließen, die Verhandlungen mit den Verbänden der Glasarbeiter und den Töpfern zwecks Verschmelzung der drei Verbände zu einem (Name ist nebensächlich) sind sofort einzuleiten, so, daß alsbald eine Urabstimmung der Mitglieder der drei Verbände stattfindet. Nach dem Bekanntwerden des Resultats der Abstimmung ist, wenn dasselbe für die Verschmelzung ausfällt, sofort eine kombinierte Vorstandsitzung der drei Zentralverbände einzuberufen, welche das Statut auszuarbeiten und der noch in diesem Jahre einzuberufenden außerordentlichen zusammengesetzten Generalversammlung vorzulegen hat. **Begründung:** Die Gründe zur Verschmelzung sind wohl allgemein bekannt, weshalb es sich erübrigt, näher darauf einzugehen. Der Hauptgrund zur Verschmelzung ist wohl der, ein großes Ganzes zu bilden, welches am Kopfe unseres Organs als Motto: „Zimmer strebe zum Ganzen“ usw. verankert ist. Sehen wir uns z. B. unsere Gewerkschaftsbrüder in Christo an. Sie haben keine drei Verbände wie wir, sondern einen Zentralverband der Keramarbeiter. Sie zersplittern ihre Kräfte nicht, sondern sind sich des großen Denkmals laut unseres Mottos bewußt. Wir wollen bloß einen Fall herausgreifen. Hier in Cassel domizilieren alle zur Verschmelzung gedachten Verbände. Als seinerzeit die Glasarbeiter hier eine Zahlstelle gründen wollten, wurde an unseren Hauptvorstand die Anfrage gerichtet, ob Glaschreiber und Glasbläser in unserer Organisation Aufnahme finden konnten. Ersteres wurde bejaht, letzteres verneint, trotzdem beide Berufe in einem Betriebe tätig sind. Weiter: in einer Kirchenfenster-Malerei sind Bleigläser und Maler beschäftigt. Ersteres gehören zum Glaser-Verband, letztere zu uns. Wie würde sich das Verhältnis nun gestalten bei Ausbruch von Differenzen, wenn dieselben in einem von beiden Betrieben ausbrechen und beide Kategorien ihrem Spezialverband angehören? Beide Verbände wären dann in Mitleidenschaft gezogen. Es wäre demnach aus oben genannten Gründen doch richtiger, wenn sich unsere Kollegen vom Glas, Porzellan und Ton genau so wie die Christlichen zu einem Verband zusammenschließen. Wir wollen z. B. hier bloß die große Metallarbeiter-

Organisation anführen. In derselben sind Schlosser, Uhrmacher, Schmiede, Graveure, Optiker und Mechaniker usw. vereinigt. Die einzelnen Spezialberufe haben mit den anderen nichts gemein, doch verarbeiten sie alle Metall und sind infolgedessen in einem Verband vereinigt. Die Kollegen vom Glas, Ton und Porzellan verarbeiten Steine und Erden, gehören also folgendermaßen in einen Verband. Ebenso sind jetzt die Brauerarbeiter, Bäcker und Fleischer so weit gekommen, daß sie sich in einem Verband vereinigt haben. Weshalb sollten die Keramarbeiter das nicht tun, wo doch die Gründe viel näher sind? Sehen wir uns aber auch die finanzielle Seite an. Welche Gelder in den Verwaltungsausgaben könnten gespart werden, wenn wir anstatt drei Bureaus nur eins hätten? Ein Teil der Gelder, die heute für die drei Zentralverwaltungen ausgegeben werden, könnte für Agitation und für Anstellung weiterer Gauleiter verausgabt werden. Sehen wir uns zum Beispiel nur Thüringen an, wo der provisorisch angestellte Gauleiter Hoffmann die Mitgliederzahl unserer Berufskollegen vom Porzellan von 8000 auf 8000 gebracht hat. Wieviel mehr könnte geschafft werden, wenn auch in anderen Distrikten Gauleiter angestellt würden. Das könnte aber viel leichter bewerkstelligt werden, wenn die drei Verbände zu einem verschmolzen würden. Die Form der Agitation wäre eine leichtere, die Kollegen der jetzt bestehenden drei Verbände machten sich keine Konkurrenz mehr, indem sie alle nur für einen Verband agitieren. Es wird immer so viel geschrieben: wir wollen eine Kampforganisation sein. Soll das aber praktischen Zweck haben, so sind wir schon aus diesem Grunde gezwungen, uns zu vereinigen. Die finanzielle Seite ist unseres Erachtens viel leichter zu regeln, als wie das von den einzelnen Zentralvorständen hingestellt wird, denn offen gestanden, muß man sich wundern, wenn man die provisorische Tagesordnung in Nr. 10 der „Ameise“ liest, in welcher mit keinem Sterbenswörtlein der Verschmelzungsfrage gedacht wird. Trotzdem auf der vorigen Generalversammlung diese Frage schon erörtert worden ist. Und wir möchten die einzelnen Zahlstellen ersuchen, ihre Delegierten in diesem Punkte mit einem gebundenen Mandat zur Generalversammlung zu senden.

n. Colditz. Die Versammlung vom 14. März beschäftigte sich mit der Erhöhung der Kartellbeiträge von 30 auf 40 Pf. pro Mitglied und Jahr, was ohne Debatte einstimmig genehmigt ward. Hierauf gab der Vorsitzende Genosse Lindner eingehenden Bericht über die am 1. März in Dresden stattgefundene Vertrauensmännertagung und wurden die Ausführungen des Referenten von dem mitdelegiert gewesenen Genossen Kießig in einigen Punkten noch ergänzt. Eine Debatte wurde für heute nicht für notwendig gehalten. Die Hauptpunkte sollen in einer späteren Versammlung näher diskutiert werden. Der dritte Punkt betraf die bevorstehende Generalversammlung. Der Vorsitzende verlas die Bekanntmachung seitens des Hauptvorstandes in Nr. 10 der „Ameise“ und machte fernerseits auf die besondere Wichtigkeit gerade dieser Generalversammlung aufmerksam. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, der Generalversammlung folgende Anträge zu unterbreiten:

1. § 28 Abs. 6 anstatt vierten Tage, zu setzen: vom dritten Tage.
2. § 28 Abs. 10 zu streichen.
3. Den Zahlstellen mehr Rechte einzuräumen zur Regelung der örtlichen Unterstützungsangelegenheiten.

Weiter wurde noch beschlossen, zwecks Spezialberatung der noch kommenden Anträge eine Kommission zu wählen und wird sich diese aus dem Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer und den Genossen Krüger, Rudolf und Schneiderbeinze zusammensetzen. Hierauf schritt man zur Aufstellung eines Kandidaten für die Delegiertenwahlen. Nach kurzer Debatte einigte man sich dahin, unseren Vertreter der letzten Generalversammlung, Genossen Arthur Lindner, wiederum als Kandidaten aufzustellen. Die nächste Zahlstellenversammlung soll dieser wichtigen Wahl wegen bereits nachmittags 4 Uhr beginnen, damit möglichst allen Mitgliedern Gelegenheit gegeben ist, ihren Stimmzettel abgeben zu können. Zum nächsten Punkte, Verschiedenes, wurde seitens des Vorsitzenden auf den in nächster Zeit vom Kartell veranstalteten Lichtbildervortrag „Das Geschlechtsleben und seine Folgeerscheinungen“, ganz besonders hingewiesen. Ferner wurde dem Genossen Höhn für dessen gewissenhafte Tätigkeit als Krankenkontrolleur eine Vergütung einstimmig bewilligt. Zum Schluß wurde noch einmütig beschlossen, eine Sammelliste zirkulieren zu lassen für die in Nr. 10 und 11 der „Ameise“ durch besondere Inserate genügend geschilderten bedauernswerten Berufsgenossen in Schauberg und Moschendorf.

k. Frankfurt a. M. Hinsichtlich der bevorstehenden Generalversammlung ist es als besonders bedauerlich zu bezeichnen, daß unsere am 7. März stattgefundene Versammlung von nur 14 Kollegen besucht war. Auch in Hinsicht auf einen sehr interessanten Bericht vom Kartelldelegierten ist dieser schwache Besuch zu bedauern. Zu einer anberaumten Partei- und Gewerkschaftssitzung wurden 2 Kollegen beauftragt. Es erfolgte dann die Anregung, in Jfenburg eine Agitation einzuleiten. Zur Generalversammlung wurde als Delegierter Kollege Bauer gewählt. Sodann wurde folgende Resolution angenommen: „Die Zahlstelle Frankfurt a. M. = Offenbach protestiert entschieden gegen die ungerechte Einteilung der Wahlbezirke zur Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung, da die jetzige Einteilung gar nicht mit der geographischen Lage in Einklang zu bringen ist, und wünscht, daß die Einteilung in Zukunft eine gerechtere wird.“ Hierauf sprachen sich einige Kollegen dahin aus, die Delegierten zur Generalversammlung zu verringern, auch den Hauptvorstand nach Thüringen zu verlegen und Gauleiter anzustellen.

h. Hamburg. Die am 12. März stattgefundene Versammlung befaßte sich hauptsächlich mit einem Vortrag über die allgemeine Geschäftskrise und deren Ursachen. Als Referent war Kollege Bietzsch aus Charlottenburg erschienen. Derselbe bezeichnete als eine der Hauptursachen der Krise die Ueberproduktion, welche wieder auf die unersättliche Profitgier der Unternehmer zurückzuführen ist. Redner ging dann näher auf die Verhältnisse in unserer Branche ein und schilderte die ungeheuren Profite der Porzellanfabrikanten, während die Arbeiter kaum so viel verdienen, um sich und ihre Familie anständig ernähren zu können. In ergreifenden Worten erzählte Kollege Bietzsch von dem Glend der thüringischen Heimarbeiter. Dem glänzenden einstündigen Referat folgt eine lebhaft diskutierte, welche sich hauptsächlich mit der kommenden Generalversammlung beschäftigte. — Zum Schluß forderte der Vorsitzende

die Anwesenden auf, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen und dieselben als Agitationsmittel kräftig zu verwerten.

v. Kahla. Die Zahlstellenversammlung vom 14. März beschäftigte sich hauptsächlich mit der vorzunehmenden Hausagitation und den Anträgen zur Generalversammlung. Das beschämendste Zeugnis, welches sich die größte Zahlstelle ausstellen konnte, wurde bei der Hausagitation gegeben. Nachdem die Verwaltung in ihrer Sitzung die umfangreichen Vorarbeiten erledigt hatte, sollte in der Zahlstellenversammlung die Ausgabe der kleinen Listen der zu bearbeitenden Porzellanarbeiter vorgenommen werden. Da bei den vorhergegangenen Hausagitationen stets die Verwaltung in Gemeinschaft mit zirka 20 anderen Genossen die Arbeit übernommen hatte, sollte diesmal der Appell zur Mitarbeit an alle Zahlstellenmitglieder ergehen, da nicht weniger als 400 Arbeiter zu bearbeiten waren. Genosse Knorr hatte das Referat übernommen und forderte die anwesenden Genossen auf, sich Mann für Mann zur Verfügung zu stellen. Und das Resultat? Ganze 8 Mann meldeten sich nach wiederholter Aufforderung zur Agitation. Fürwahr ein trauriges Zeugnis von der Einsicht der Mitglieder in einer Zeit, welche geeignet ist, wie keine andere, die Agitation zu erleichtern. Glauben die Mitglieder, daß nur der Vorstand und die Verwaltung die Pflicht, die Arbeit zu leisten, haben? Die Arbeit, welche die Verwaltung außerdem zu leisten hat, ist nicht gering. — Anträge zur Generalversammlung: Die Zahlstelle stellt den Antrag: Im § 20 Abs. 3 des Verbands-Statuts die Worte „Naturereignisse“ zu streichen und in diesen Fällen, bei Feuer-, Wind- und Wasserschäden Unterstützung zu gewähren. Die Anträge, welche bezwecken, den Zahlstellen mehr Rechte einzuräumen, sollen unterstützt werden. Gleichfalls die Anträge auf Abhaltung der Generalversammlung alle 2 Jahre und der Erhöhung der Mitgliederzahl zur Wahl eines Delegierten. Ferner wurden die Anträge unterstützt, welche die Mitglieder den Zahlstellen zuweisen, wo sie ihren Wohnsitz haben, um eine Erleichterung der Kontrolle herbeizuführen. Die Beschlußfassung über einen Dringlichkeitsantrag an die Generalversammlung: Das Darlehen der Zahlstelle Kahla aus dem 12 pCt.-Fonds aus Verbandsmitteln zu decken, wurde verlagert. Bei Punkt Verschiedenes stellte ein Genosse fest, daß der Artikel in der „Ameise“ vom 13. März, die Art. = Ges. Kahla betreffend nicht zutrifft, daß tatsächlich Lohnreduzierungen stattgefunden haben und daß trotz ehrenwörtlicher Versicherung der Direktion die Schikanierungen der Gläubiger das erträgliche Maß übersteigen. Als Unterkassierer für G. A. Lehmann & Sohn Malerei wird Genosse Hugo Wagner gewählt. Das Stiftungsfest findet am 29. März im „Thüringer Hof“ zu Böbschütz statt. Festredner ist Genosse Leven-Gera. Am 2. April findet ein Laube-Vortrag statt. — Zur näheren Begründung des erstangeführten Antrages heißt es in einem zweiten, uns zugegangenen Bericht: „Die Kollegen, welche sich in derselben Lage befinden haben, wie es in den letzteren Jahre in Eisenberg und Kahla der Fall war, daß die Arbeitsstätte durch Feuer zerstört wurde, werden wohl am besten begreifen, daß dieser Absatz 3 einer Aenderung bedarf. Bei einem derartigen Ereignis ist der Unternehmer jeder Kündigungsfrist enthoben. Die Genossen, welche nun infolge eines derartigen Ereignisses gezwungen sind, einige Wochen zu feiern, bis sie anderweitig wieder untergebracht werden, gehen in diesem Falle jeder Unterstützung bar. Außerdem, der Unternehmer fühlt sich moralisch verpflichtet, wie es ja in Kahla nicht der Fall war, die Leute für diesen Verlust zu entschädigen. Sehr oft ist die Unterbrechung nur von kurzer Zeit und es ist nicht immer angängig den Ort sofort zu verlassen.“

sch. Langenberg. Am 9. März fand im Beisein des Genossen Hofmann die Gründung einer Zahlstelle in Langenberg statt. Bis jetzt gehörten die Mitglieder der Zahlstelle Untermhaus an. Genosse Hofmann machte den Genossen und Genossinnen klar, daß es für die Dauer doch nicht praktisch sei, der untermhauser Zahlstelle weiter anzugehören, da sie doch selbständig besser arbeiten und agitieren könnten; das fand allgemeine Zustimmung. Hierauf folgten die Verwaltungswahlen, welche glatt von statten gingen. In dieser Versammlung erklärten die untermhauser Kollegen, welche zahlreich erschienen waren, die neu gegründete Zahlstelle nach besten Kräften unterstützen zu wollen.

p. Marktzeuthen. Unsere Zahlstellenversammlung vom 7. März beschäftigte sich unter anderem auch mit Anträgen zur Generalversammlung. Die Zahlstelle schloß sich dem Antrag der Zahlstelle Wittenberg an „Abschaffung der Streckmarken, dafür aber einen Extrabeitrag zu erheben.“ Denn es wird dann dasselbe Geld einkommen, weil jedes Mitglied beizusteuern hat. Ferner stimmte man dem Antrage zu, die Krankenzustimmung vom ersten Tage ab zu gewähren. Auch der Antrag der Zahlstelle Gera, statt für 200 auf 300 Mitglieder einen Delegierten zu wählen, wurde angenommen. Dem Antrag der Zahlstelle Nymphenburg, den Sitz des Verbandes nach Thüringen zu verlegen, wurde nicht beigestimmt.

z. Mitterteich. Unsere Zahlstellenversammlung vom 14. März hätte, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, besser besucht sein können als es der Fall war. Es standen die Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung, Malfeier und Besprechung über Arbeitsverhältnisse auf der Tagesordnung. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kollege Seebach einstimmig aufgestellt. Zur Malfeier wurde beschlossen, falls die Arbeiter den Tag nicht frei bekommen, dieselbe am 1. Mai abends abzuhalten. In welcher Weise dieselbe stattfinden soll, soll die nächste Versammlung bestimmen. Weil man in der nächsten Versammlung, in der die Delegiertenwahl stattfindet, einen zahlreicheren Besuch erwartet, denn die Stimmen des Delegierten sind zugleich das Vertrauen der Mitglieder; jedes Mitglied soll in der Versammlung sein. Weiter wurden noch ein Vertrauensmann Genosse Haberkorn und ein Kartelldelegierter Genosse Schöpf gewählt. Bei Punkt „Arbeitsverhältnisse“ wurde getadelt, daß es bei den Mitgliedern Gebrauch geworden ist, schlechte Preise und weitere Uebelstände in den Arbeitsräumen zu kritisieren. Der richtige Weg dafür ist die Versammlung. Hauptsächlich wurde über schlechte Malerpreise in der alten Fabrik geklagt. Hier gibt es eine ganze Anzahl Artikel, wo nach Abzug von Gold und Farbe sehr wenig an Arbeitslohn übrig bleibt. Es soll dem Obermaler nahe gelegt werden, in Zukunft wenigstens die Maler mit den schlecht bezahlten Artikeln zu verschonen.

b. Neuhaldensleben. Unsere am 14. März abgehaltene Zahlstellenversammlung, welche von 47 Mitgliedern besucht war, beschäftigte

sich hauptsächlich mit Anträgen zur Generalversammlung. Der Antrag Wittenberg und zwar 1., 2., 3., ferner der erste Antrag Kimmig-Begefac und der Antrag Schneiderheime-Annaberg, wurden einstimmig angenommen. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Genosse Emil Golditz aufgestellt. Genosse Osther stellte den Antrag, daß der Verwaltung mehr Rechte zugesprochen werden sollen, namentlich im Krankentassenwesen und in Unterstützungsfällen. Genosse Golditz stellte den Antrag, mehr Gauleiter anzustellen. Ferner nahm die Versammlung Kenntnis betreffs der Amtsenthebung der Genossen Lendekel und Govers. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte, bei welcher die Abstimmung ergab: 48 dafür und 4 dagegen. Die Neuwahl der beiden Verwaltungsmitglieder soll in nächster Versammlung stattfinden.

sch. Oberhausen. Kollegen, welche beabsichtigen, hier in der Porzellanfabrik in Stellung zu treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse bei der hiesigen Verwaltung um die Verhältnisse erkundigen — Betreffs der Generalversammlung wurde der Beschluß gefaßt, für den Antrag, welcher von Gera gestellt wurde, daß auf je 300 Mitglieder statt bisher 200 ein Delegierter gewählt würde, zu stimmen. Als Delegierter wurde Genosse Theodor Hesper aufgestellt.

w. Oberhohndorf. Die am 21. März stattgehabte außerordentliche Zahlstellenversammlung war befriedigend besucht. Zur Generalversammlung sind folgende Anträge gestellt worden: 1) § 12 des Unterstützungsreglement: Zusatz hinter Fahrgelder: Ausgenommen sind die Fälle, in denen Mitglieder innerhalb 14 Tagen genötigt sind, den Arbeitsplatz wieder zu wechseln. In solchen Fällen behalten sie das Recht auf Umzugsgelder nach dem Arbeitsplatz. Begründung: Es kann vorkommen, daß Mitglieder die Wahrnehmung machen, an keinen auskömmlichen Platz gelangt zu sein und daß es ihnen gelungen ist, in der Nähe ihres früheren Arbeitsortes einen solchen zu erlangen. Es würde vielfach für die Organisation eine Ersparnis bedeuten, und das Mitglied bliebe davor bewahrt, auf einem schlechten Arbeitsplatz verbleiben zu müssen. 2) § 23 des Statuts Absatz 6 und 3 der Zuschußklasse. In diesem Paragraphen sind die ungerechten Klauseln enthalten, daß, wenn ein Mitglied aus einer höheren Stufe in die niedere tritt, sofort das niedrige Krankengeld gezahlt wird. Die Zahlstelle ist der Meinung hier eine Gleichberechtigung zu schaffen, entweder beiderseits eine Karenzzeit von 52 Wk. oder sofort das hohe und niedrige Krankengeld zu zahlen. Der Antrag von Rudolstadt in der „Amesse“ Nr. 11, über diesen Punkt hat hier keinen Anklang gefunden, weil er zu weitgehend ist, und die Unterstützungszuschußklasse gleich zu sehr in Anspruch genommen würde. — 3) Streikmarken. Hierzu hat die hiesige Zahlstelle zu dem Artikel aus der „Amesse“ Nr. 12 vom 20. 3. von B. Kirche-Mittwasser Stellung genommen, und auch unterstützt, nur ist die hiesige Zahlstelle etwas weiter gegangen und hat folgendes zu Grunde gelegt: „Der Vorstand soll ermächtigt werden einen Paragraphen im Statut fest zu legen, wonach ein vierteljährlicher Verbands-Wochenbeitrag, als Extrabeitrag erhoben wird.“ Zum Beispiel zahlt ein Mitglied 45 Pfg. Verbandsbeitrag so sind für jedes 1/4 Jahr 14 Wochen Verbandsbeiträge zu zahlen und 13 Wochen Zuschußklasse. — 4) Betreffs Erhöhung der Mitgliederzahl zur Wahl eines Delegierten von 200 auf 300 und weiter bis 500; dieser Antrag ist nach kurzer Debatte auf 300 vorläufig erhöht worden; auf 400 und 500 Wähler einen Delegierten zu wählen hat keine Unterstützung gefunden. — Ferner beschäftigte sich die Zahlstelle auch noch mit dem Antrag Rudolstadt betreffs Erhöhung des 12 pSt. Fonds auf 15 pSt. Diesem wurde entgegen getreten, und es ist vielfach bedauert worden, daß die Gelder des 12 pSt. Fonds auch verschlewendlich nicht richtig angewendet werden, ja teilweise eine Miswirtschaft mit dem 12 pSt. Fonds getrieben wird. Die hiesige Zahlstelle ist gegen eine Erhöhung, hielt aber an dem alten Satz 12 pSt. fest. Die Verschmelzungsfrage und Gauleiterfrage wurden wegen Zeitmangel vertagt.

h. Pöbneck. Die am 16. März abgehaltene Zahlstellenversammlung war leider sehr schwach besucht, eine sehr betäubende Tatsache, welche die Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen in ein immer grellerer Licht stellt. Es kann wohl in dem schwärzesten Winkel nicht flauer und nicht saumseltiger zugehen als wie hier, und wäre es sehr angebracht, wenn die organisierten Kollegen etwas mehr Eifer zeigten, um den Indifferenten mit gutem Beispiel voran zu gehen. Zuerst wurde der ausführlich gegebene Kartellbericht zur Kenntnis genommen, und daran anschließend die Kollegen Hädrich und Martin als Delegierte zum Matseftkommers gewählt. Nachdem gab der Vorsitzende einen Bericht über die letzten Wertstufenbesprechungen mit anschließender Hausagitation, welche erstere ganz resultatlos waren, und letztere einen sehr minimalen Erfolg hatte. Es scheint den Pöbnecker Porzellanarbeitern noch nicht schlecht genug zu gehen, denn sonst könnten sie sich nicht immer mit so faulen Ausreden von der Organisation drücken. Zu Punkt Generalversammlung wurde von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand genommen. Dem Antrag Gera wurde zugestimmt. Ein Antrag, die Generalversammlung alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, wird angenommen, desgleichen ein Antrag den Arbeitsnachweis obligatorisch einzuführen. Ein weiterer Antrag, das Quittungsmarkensystem in unsern Verband einzuführen, gelangte ebenfalls zur Annahme und wurde hierbei gewünscht, daß die vielen Beitragsstufen in Wegfall kommen und höchstens auf 3 bis 4 festgesetzt werden. In der weiteren Debatte wurde noch hervorgehoben, daß den Zahlstellen zu wenig Rechte in Unterstützungsfällen eingeräumt sind, und wurde Abänderung gewünscht, von einem diesbezüglichen Antrag wurde aber Abstand genommen, da man glaubte, daß in dieser Angelegenheit genug Anträge eingehen.

t. Rohlau. In der am 6. März stattgehabten Versammlung waren von 28 Mitgliedern leider nur 17 anwesend, was von Vorlesenden gerügt wurde. Nach Erledigung einiger geschäftlichen und lokalen Angelegenheiten befaßte man sich mit unserer bevorstehenden Generalversammlung. Von einer Kandidatur soll mit Rücksicht auf die anderen, zum Wahlbezirk gehörigen Zahlstellen diesmal abgesehen werden; da der Delegierte der letzten Generalversammlung von Rohlau war. Ferner unterstützte die Zahlstelle den Antrag Posthappel: Der Tag der Krankheitsbescheinigung des Arztes soll als erster Karenztag gelten, wenn die Krankheit innerhalb drei Tagen angemeldet ist. Die Versammlung ist jedoch gegen die Verlegung des Orts des Hauptvorstandes, weil die meisten Fäden der Arbeiterbewegung in Berlin zusammen treffen. Auch wurde hervor gehoben, daß in der Agitation eine

Änderung eintreten muß, denn die Agitation-Kommissionen haben nicht das geleistet, was man erwartete.

nn. Saargemünd. Die Mitgliederversammlung vom 15. März war schwach besucht. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal 1997. Zur Agitationkonferenz in Mannheim hat die Versammlung beschlossen, einen schriftlichen Bericht nach Mannheim zu senden und von einer Delegation abzusehen, da es nicht zweckmäßig ist, im Jahr 3 bis 4 Konferenzen abzuhalten, eine Konferenz im Jahre wäre genug, das übrige Geld könnte man besser zur Agitation verwenden. Zur Generalversammlung stimmen wir dem Antrag Rudolstadt zu, das Krankengeld vom ersten Tage zu gewähren mit dem Zusatz „wenn die Krankheit mindestens 14 Tage dauert.“ Bezüglich der Höheversicherung hat Rudolstadt den Vorschlag gemacht, anstatt nach einer Karenzzeit von 52 Wochen schon nach 13 Wochen die höhere Unterstützung zu gewähren, dem stimmen wir auch zu aber anstatt 13 Wochen wünschen wir 26 Wochen Karenzzeit. Ebenso hat die Versammlung auch die Unterstützungsfälle besprochen, wie sie Rudolstadt vorschlägt, doch sind wir der Ansicht, daß die Unterstützungsfälle der Zuschußklasse bestehen bleiben sollen wie sie sind. Inbezug auf die Agitation wurde beschlossen, öfters kleinere Privatversammlungen zu veranstalten. Der Vertrauensmann schloß die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden sich eifriger als bisher an der Arbeiterbewegung zu beteiligen.

g. Weißwaller. In unserer am Sonnabend den 7. März stattgefallenen Zahlstellenversammlung wurde unter „Kartellbericht“ die Frage der Verschmelzung der hier bestehenden Betriebskrankenkassen mit der Ortskrankenkasse ventilert. Die Diskussion gestaltete sich sehr interessant und wurde allgemein der Wunsch laut, die Auflösung der Betriebskrankenkassen in die Wege zu leiten und eine Vereinigung mit der Ortskrankenkasse herbei zu führen. Den breitesten Raum der Versammlungsdiskussion nahm aber Punkt „Generalversammlung“ ein. Die Beteiligung an dieser Debatte war eine überaus rege und das Interesse in den einzelnen Punkten ein erfreuliches. Ein abschließendes Resultat soll jedoch erst die nächste Versammlung bringen. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde der Genosse Paul Hebig aufgestellt und den Zahlstellen zur Wahl empfohlen.

Sterbetafel.

Buckau. Wilhelm Lübbe, Dreher, geb. 29. 7. 76., gestorben 13. 3. 08. an Kehlkopfschwindsucht und Lungenentzündung.

Schönwald. Johann Baumann, Porzellanfleischer, geb. am 29. 2. 84. zu Stubenbach bei Schüttenhofen (Böhmerwald), gest. am 23. 3. 08. an Lungenschwindsucht und Magenkrebs. Letzte Krankheitsdauer 13 Wochen.

Ghre Ihrem Andenken!

Adressen-Henderungen

Breslau. Kff. Arthur Paschke, Matthasstr. 177., 1 Tr.

Cottenau. Wf. u. Wtm. Heinrich Heilmann, Ml.

Eigersburg. Schf. Magnus Tiegeß, Bahnhofstr.

Eilenach. Kff. G. Rohde, Friedhoffstr. 2.

Rheinsberg. Kff. Paul Seeling, Dh., Langestr. 20.

Stadtlengsfeld. Wf. Louis Brehm, Dh., Frauenberg 106 — Kff. Richard Sommer, Ml., Bahnhofstr. 263.

Versammlungs-Anzeigen

Althaldensleben. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, bei W. Peters. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.

Hiltwaller. Sonnabend, 4. April, 7 Uhr, im „Deutschen Kaiser“.

Arzberg. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, bei Witwe Hollering. Abschluß am 15. April.

Berlin. Sonnabend, 4. April, 8 1/2 Uhr, Schildermaler-Sigung, Sendelstraße 30, bei Engel. Sonnabend, 4. April, 8 1/2 Uhr, Kunstgewerbebranche, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Montag, 6. April, 9 Uhr, Plakatmaler, Brunnenstr. 3. Montag, 6. April, 7 1/2 Uhr, Keramische Branche, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Sonnabend, 11. April, 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung.

Bonn. Sonnabend, 4. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 13.

Jassel. Sonnabend, 4. April, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Charlottenburg. Sonnabend, 11. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Delegiertenwahl.

Cöln. Donnerstag, 9. April, bei Rauen, Schaafenstr. 1-3.

Döbeln. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, bei Schmidt, Neugasse.

Elberfeld. Sonnabend, 4. April, 1/2 9 Uhr, im Volkshaus, Quartalsabschluss.

Ellerwerda. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, im Kronprinz.

Frankfurt a. M. Sonnabend, 4. April, bei Gittfried, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 56.

Friedrichshagen. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, bei Singuhr, Seefstr. 86.

Gaggenau. Mittwoch, 8. April, 8 1/2 Uhr, in der Volkshalle.

Goldlauter. Sonntag, 12. April, nachm. 3 Uhr, bei Friedrich Walther, Heibersbach.

Hamburg. Dienstag, 7. April, 9 Uhr, bei O. Lange, Bartelsstr. 5.

Königssee. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im Berglokal, beim Kollegen Bauer.

Köppelsdorf. Sonntag, 5. April, Abschluß.

Kronach. Sonnabend, 11. April, 6 Uhr, im „Bayerischen Hof“.

Langenberg. Sonnabend, 8. April, 1/2 8 Uhr, in der Buchhütte.

Leipzig. Sonnabend, 11. April, 1/2 9 Uhr, im Volkshaus. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Abschluß 11. April.
Meißen. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, im Lämmerhaus.
München. Sonnabend, 4. April, im Gasthaus zur Krone, Schillerstr.
Penzig. Donnerstag, 9. April, im Hotel zur Krone.
Pöschappel. Sonnabend, 11. April, im „Deutschen Haus“. Delegiertenwahl.
Rosslau. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, in der „Krone“.
Schwarzenbach. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, bei Erh. Köppl.
Sophienau. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, im Vereinslokal.
Sörnnewitz. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im Gasthof zur Krone. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.
Spandau. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, bei Summa, Weissenburgerstraße 24.
Suhl. Sonntag, 5. April, nachm. 3 Uhr, bei Karl Torwald.
Tettau. Sonnabend, 11. April. Wichtige Tagesordnung u. Abschluß.
Tiefenfurt. Sonnabend, 4. April, 8 Uhr, in der Brauerei. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.
Warmbrunn. Sonntag, 5. April, nachm. 2 Uhr, im Vereinslokal zu Herischdorf.
Weißwasser. Sonnabend, 4. April, 8 1/2 Uhr, im Café Zentral.

Glasmaler, welcher in Dekoren, Monogrammen, leichten Wappen Bunt-Emaille und Schrift arbeiten kann, sucht baldigst Stellung. Offerten unter Chiffre Glasmaler an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Dreher für Rannen sucht Stellung. Gefällige Offerten unter L. 100 erbeten.

Glasmaler, tüchtig in Wappen, Schrift und Ansichten, sucht sofort Stellung. Offerten unter W. F. 44 an die „Ameise“ erbeten.

Terrakottamaler, in allen Techniken der modernen und antiken Terrakottamalerei versiert, sucht sofort Stellung. Offerten unter S. 3233 an die „Ameise“ erbeten.

Maler, zuletzt in einer Privatmalerei tätig, mit allen vorkommenden Arbeiten, mit dem Aerographen, Druckerel u. Schmelze bestens vertraut, sucht, gestützt auf prima Zeugnisse, sofort oder später Stellung. Chiffre A. St. 300.

Porzellanmaler, gelernter Blumenmaler, tüchtig in allen vorkommenden Arbeiten, guter Plattengraveur, sucht sofort Stellung. Offerten unter R. 30 an die „Ameise“ erbeten.

Anzeigen

Vordamm. Sonntag, 5. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Buchholz (Rittergutsgarten) eine öffentliche Porzellanarbeiterversammlung statt. Referent Genosse Zietsch = Charlottenburg. Nach der Versammlung Tanzkränzchen.

Breslau. Kassieren der Beiträge jeden Sonnabend von 7 bis 9 Uhr abends, in Fuhrmanns-Restaurant.

Schönwald. Die Mitglieder werden ersucht, die entlehnten Bibliotheksbücher an den Bibliothekar, Kollegen Kulze abzuliefern.

15. u. 16. Agitationsbezirk. Sonntag, 5. April, mittags 12 Uhr, **kombinierte Vertrauensmännerkonferenz** in Markt-Redwitz, Zentralhalle von Gustav Lang. Tagesordnung: 1. Anstellung eines Gauleiters für Bayern mit dem Sitz in Oberfranken. 2. Verlegung des Verbands-Vorsitzes. 3. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten.

14. Wahlgruppe (Vorort Zell a. H.). Sonntag, 5. April, vormittags 10 Uhr, findet im „Bad. Hof“ eine **Vertrauensmänner-Konferenz** der beteiligten Zahlstellen statt. Vorläufige Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Organisierten zur Gesamtarbeiterschaft. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung, bezw. Stellung von Anträgen. 3. Verschiedenes. Die Berichte müssen schriftlich eingereicht werden. Um vollzählige Beschiebung wird gebeten.

Goldlauter. Unser diesjähriges Stiftungsfest findet am 5. April in Heidersbach bei Friedrich Walther statt. Alle umliegenden Zahlstellen sind hierzu höflichst eingeladen.

Achtung! Die Zahlstellen und Kollegen werden ersucht, dem zugereisten Dreher **Wilhelm Weith** Mitteilung zu machen, daß er einstweilen 3 Tage Aufenthalt nehmen soll, bis er vom Unterzeichneten wieder Antwort erhält, betreffs Arbeitsgelegenheit.
Karl Weith, Rapseldreher, Eisenberg.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

Tüchtige Schriftenmaler auf Emailleschrift eingearbeitet, selbständige Arbeiter, bei guten Löhnen in dauernde Stellung per sofort gesucht. Offerten an Erste Münchener Emaillefabrik G. Lacher & Co., München.

Porzellanmaler, welcher kolorieren und schreiben kann, gesucht. Akkordarbeit. Welcher auf Militärartikel gearbeitet, bevorzugt. Paul Klitsch, Bierkrugfabrik Coblenz a. Rh.

Tüchtiger Glasäker zum sofortigen Eintritt gesucht. Off. an den Arbeitsnachweis, Berlin S.O. 26 Maunynstr. 84 2 Treppen.

Maler, erfahren in Fonds, Schrift und Dekor sucht baldigst Stellung. Offerten unter G. St. 100 an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Arbeitsnachweis Frankfurt a. M. In Stellung suche: drei Galanteriemaler, einen Schriftmaler auf Emailleschilder und einen Schriftmaler auf Apothekerstandgefäße.

Porzellanmaler, tüchtig in allen vorkommenden Arbeiten der Figuren- und Geschirrabzweige, tüchtiger Plattengraveur sucht sofort Stellung. Offerten unter D. G. 33 an die „Ameise“ erbeten.

Maler, der auch mit dem Zerstäuber arbeiten kann, sucht Stellung. Offerten unter R. D. 35 an die Expedition der „Ameise“.

Glasmaler, welcher flott und sauber in Emaille, Relief und transparentem Dekor eingerichtet ist, sucht Stellung. Offerten unter R. 25 erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Pettizelle 30 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
---	---------------------------	-------------------------------

Berlin. Ortskrankenkasse der Graveure, Sileure etc. zu Berlin. Den Herren Bewerbern der von uns ausgeschriebenen Stellung zur Nachricht, daß der Gewählte die Stellung angetreten hat. Mit bestem Dank
 Der Vorstand.

Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen **Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa.** Grimmitzschauerstr. 13. — Zeugnisse in Maschinenschrift vervielfältigt in billigster Preislage. D. D.

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Jean Klein, Köln-Ehrenfeld,** Nußbaumerstr. 355.

Goldschmied, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.	Emil Böhme, Eisenberg S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art.
--	--

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl, Niederplanitz** bei Zwickau in Sachsen.

Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen,** Osterweihstr. 32.

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-H.,** Gneisenaustr. 6.

Goldschmied, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm** in Thüringen.

An die Einzelbezieher der Ameise.

Unseren Mitgliedern, denen die „Ameise“ offen (ohne Kreuzbandstreifen) durch die Post zugestellt wird, diene nochmals zur Kenntnis. Jede Beschwerde wegen unpünktlichen Eintreffens des Blattes ist in erster Linie an den betreffenden Briefträger oder an den Schalterbeamten des zuständigen Postamts am Orte zu richten. Die Expedition kann gegen das Ausbleiben der durch die Post zustellbaren Blätter nichts tun.

Bei einem Wohnungswechsel am Orte wollen die Einzelbezieher der Ameise die neue Wohnung sofort dem Postboten mitteilen, damit das Blatt an die neue Adresse gelangen kann.

Bei einem Wegzug vom Orte wollen die betreffenden Kollegen ebenfalls das Blatt sofort bei dem Briefträger abbestellen und ferner ihre neue Adresse möglichst bald an Gen. Karl Munk, Charlottenburg, Kosinen-Straße 3, einsenden.

Expedition der „Ameise“